

6. Geopolitik des Naturschutzes

Was ist Geopolitik?

Geopolitik ist eine spezifische Sichtweise auf internationale Politik, die Konkurrenz und Zusammenarbeit zwischen Staaten als von Interessen um geographische Räume und natürliche Ressourcen motiviert betrachtet. Diese Perspektive war zu Beginn des 20. Jahrhunderts weitverbreitet und stark beeinflusst vom imperialistischen Programm zur Aufteilung der Welt unter westlichen Großmächten. Der Begriff der Geopolitik wurde von dem schwedischen Politikwissenschaftler Rudolf Kjellen geprägt. Inhaltlich verbindet sich die frühe Phase geopolitischen Denkens mit den Schriften des deutschen Geografen Friedrich Ratzel, des amerikanischen Marinehistorikers Alfred Thayer Mahan und des britischen Geografen Halford Mackinder. Im Kern der theoretischen Überlegungen dieser Autoren stand die Frage, welche geographischen Räume militärisch zu kontrollieren seien, um dauerhaft eine nationale bzw. imperiale Machtstellung zu sichern. Für Mahan war besonders die Dominanz der Weltmeere (*seapower*) anzustreben, während Mackinder die Herstellung von Kontrolle über große kontinentale Landmassen (*land-power*) bevorzugte. Der deutsche Geograf Friedrich Ratzel führte, geleitet von sozialdarwinistischen und rassepolitischen Gedanken, den biologischen Begriff des »Lebensraums« in die Geopolitik ein. Damit inspirierte er – auch vermittelt durch Karl Haushofer, der seine Ideen weiterentwickelte – die verbrecherischen Expansionspläne von Adolf Hitler und seinen Gefolgsleuten in Osteuropa.¹ Mit dem Scheitern des Nationalsozialismus war die Geopolitik zumindest im deutschsprachigen akademischen Raum vorerst erledigt.

Im Kalten Krieg spielte Geopolitik weiter eine Rolle, erlitt aber gegenüber den ideologischen und ökonomischen Fragen des Systemgegensatzes

1 Ó Tuathail u. a., *The Geopolitics Reader*.

zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus einen Bedeutungsverlust. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Geopolitik unter der Bezeichnung *critical geopolitics* zum Gegenstand akademischer Studien, die dem geopolitischen Denken sowohl im machtpolitischen Alltag als auch in der Populärkultur nachspürten.²

In der Umbruchszeit der 1990er bekam unter dem Vorzeichen des gewachsenen Umweltbewusstseins und mit dem normativen Anspruch der nachhaltigen Entwicklung die politische Geografie wieder neues Gewicht. Simon Dalby diagnostiziert das Entstehen von *environmental geopolitics*, von Geopolitik im Zeichen der globalen Umweltveränderungen. Diese sei Dalby zufolge kritisch zu betrachten, da es zu einer Versicherheitlichung von Umweltfragen käme und Diskurse um Knappheit von Umweltressourcen dominierten.³

Woher kommt nun aber die Bezeichnung »Geopolitik des Naturschutzes« (*conservation geopolitics*)? David Macdonald bietet folgende Definition an: »Conservation geopolitics may be characterized as the linkages between conservation outcomes and the political, social, and economic arrangements within and (resulting) relationships between countries«⁴, die Geopolitik des Naturschutzes ließe sich als durch die Verbindungen zwischen den Ergebnissen des Naturschutzes und den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen innerhalb von Ländern sowie den (daraus resultierenden) Beziehungen zwischen Ländern charakterisieren. Dabei kann man annehmen, dass es Macdonald angesichts seines normativen Fokus auf den Erhaltungsschutz von Säugetieren für wünschenswert hält, dass geopolitisches Denken mit Naturschutzbemühungen verknüpft wird, um dem Artenschutz mehr Wirksamkeit zu verschaffen.

Hodgetts und Koautor:innen hingegen erfassen eher die als geopolitisch verstandenen Aspekte des Naturschutzes und meinen damit einige der staatlichen Mechanismen, die anderswo in diesem Buch schon beschrieben sind: Territoriale Strategien, oft kolonialen Ursprungs; die Anwendung militärischer Praxis und geostrategischen Denkens auf den Naturschutz in Form von Militarisierung der Ranger; ökonomische Interessen, zum Beispiel bezüglich Trophäenjagd oder Elfenbeinhandel.⁵ Fias und Stoffelen schauen auf eine bestimmte Erscheinungsform von geopolitischem Naturschutz, nämlich

2 Dalby und Ó Tuathail, *Rethinking Geopolitics*.

3 Dalby, *Environmental Security*.

4 Macdonald, »Mammal conservation«, S. 78.

5 Hodgetts u. a., »Conservation geopolitics«.

grenzüberschreitende Schutzgebiete, die besonders im südlichen Afrika als *peace parks* designiert wurden.⁶

Der Begriff »Geopolitik des Naturschutzes« bleibt also unklar definiert: Handelt es sich um die kritische Analyse von interessengeleiteter (zwischen)staatlicher Machtpolitik, die durch den Naturschutz maskiert wird, oder lediglich um die Erkenntnis, dass der internationale Naturschutz eine geopolitische Dimension hat?

Seit der vom damaligen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz so bezeichneten »Zeitenwende«, ausgelöst durch den Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine seit 2022, ist die Rückkehr der Geopolitik zu einem geflügelten Wort geworden.⁷ Außenpolitik, so lautet das neue alte Credo, habe sich an den Raumordnungsvorstellungen von Groß- und Mittelmächten und deren wirtschaftlichen wie militärischen Interessen zu orientieren. Ressourcenpolitik als Konkurrenz um Gas und Öl, aber auch um Seltene Erden und andere strategisch relevante Rohstoffe präge nun die internationale Politik.⁸ Krieg, soviel ist klar, hat vielfältige direkte und indirekte negative Folgen für die Artenvielfalt und das Leben auf dem Planeten.⁹

Wo bleibt bei all dem also noch Raum für den internationalen Naturschutz? Stehen eine wie auch immer geartete Geopolitik des Naturschutzes und eine Geopolitik der Ressourcenausbeutung nicht im krassen Gegensatz miteinander? Die letzte Frage lässt sich bejahen, und dennoch sieht es so aus, als ob jenseits imperialer Großmachtpolitik weiterhin viele Staaten ein Interesse an grenzüberschreitendem Naturschutz haben. In diesem Kapitel diskutiere ich zunächst internationale Umwelt- und Naturschutzabkommen, um dann einen speziellen regionalen Fall zu betrachten, den der Ostsee und des Helsinki-Abkommens. Im Anschluss stelle ich einen Fall vor, bei dem die Zusammenarbeit weniger formalisiert ist, nämlich beim Kilimandscharo-Schutzkomplex zwischen Tansania und Kenia.

6 Fias und Stoffelen, »The nature conservation-geopolitics complex«.

7 Nickel, »What do we talk about when we talk about the ›return‹ of geopolitics?«.

8 Vgl. Albertus, »Die neue Landnahme«.

9 Rist u. a., »Biodiversity, peace and conflict«.

Internationale Umwelt- und Naturschutzabkommen

In den 1990er Jahren herrschte ein weitverbreiteter Optimismus bezüglich der Möglichkeiten von internationaler Zusammenarbeit und von multilateralen Lösungen für Fragen des Umwelt- und Naturschutzes. Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 steht für dieses Paradigma. Hier wurde nicht nur die Agenda 21 und die UN-Klimarahmenkonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change*, UNFCCC) aus der Taufe gehoben, hier wurde auch die Biodiversitätskonvention CBD unterschrieben, die dann Ende 1993 in Kraft trat.

Weitere wichtige internationale Abkommen für den Artenschutz sind das Übereinkommen zur Erhaltung wandernder wild lebender Arten (*Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals*, CMS, auch Bonner Konvention, 1979 beschlossen und 1983 in Kraft getreten), und drei andere bereits erwähnte Abkommen: die Ramsar-Konvention über Feuchtgebiet (beschlossen 1971, in Kraft getreten 1975), CITES (beschlossen 1973, in Kraft getreten 1975), und, für Europa relevant, die Berner Konvention (beschlossen 1979, in Kraft getreten 1982).

Im 21. Jahrhundert ist das Vertrauen in die Wirksamkeit internationaler Umweltabkommen erheblich gesunken¹⁰, aber wichtige Naturschutz-Abkommen werden weiterhin verhandelt und ausgestaltet. Die CBD wurde, wie im einleitenden Kapitel erwähnt, nach dem Cartagena-Protokoll (2000) und dem Nagoya-Protokoll (2010) durch das Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (2022) ergänzt. Als neuestes naturschutzrelevantes Übereinkommen kann das UN-Hochseeschutzabkommen gelten, der *High Seas Treaty*, auch BBNJ-Abkommen, das im Rahmen der UN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS verhandelt worden war. Das BBNJ-Abkommen wurde 2023 beschlossen, trat im Januar 2026 in Kraft und schützt die biologische Vielfalt im Ozean in der Hohen See jenseits der nationalen ausschließlichen Wirtschaftszonen (200-Meilen-Zone).¹¹

Die Frage, warum sich Staaten überhaupt an internationalen Umweltabkommen beteiligen, wird in den Internationalen Beziehungen ausführlich diskutiert. Einerseits ist Umweltschutz verbunden mit hohen Kosten, potenzi-

10 Schlanger, »Environmental internationalism is in its flop era«.

11 Reimer, »Hochseeabkommen: Schutz der Meere vs. Rohstoffabbau«; United Nations, »Agreement on marine biological diversity of areas beyond national jurisdiction, BBNJ Agreement«.

ell zumindest kurzfristigen Wohlstandsverlusten, und bindende Verträge können als Eingriff in die staatliche Souveränität verstanden werden. Andererseits bietet der grenzüberschreitende Charakter von Umweltproblemen eine starke Motivation, in internationale Kooperation einzutreten. Beispiele für diese Art Umweltprobleme sind der desaströse Klimawandel oder das Ozonloch, aber eben auch der dramatische weltweite Verlust der Artenvielfalt. Da positive Ergebnisse allerdings allen zugutekommen, auch denen, die nicht kooperieren und damit eigene Kosten vermeiden, besteht die Gefahr des Trittbrettfahrer-Problems (*freerider problem*).¹² Wenn zu viele Trittbrettfahrer vorhanden sind, die zu erwartenden Kosten einer Handlung also sehr ungleich verteilt sind, schwächt das ein Abkommen und erschwert weitere Verhandlungen. Dennoch kommen aber internationale Umweltabkommen zustande, teils sogar mit recht weitgehenden Ergebnissen – warum?

Eine schlüssige Antwort ist, dass Beteiligung an Abkommen einen Reputationsgewinn bei anderen Staaten hervorbringt, bzw. im Umkehrschluss, dass Nichtbeteiligung einen Reputationsverlust zur Folge haben könnte. Andere Erklärungsansätze heben auf Einzelfaktoren der beteiligten Staaten ab: Die Art der Regierungsform und der politischen Institutionen, das Vorhandensein dringender Umweltprobleme in betroffenen Ländern, finanzielle Kapazitäten, die Präsenz von Interessengruppen, die Druck auf die Regierung aufbauen (*pressure groups*), und schließlich der Charakter der Verträge.¹³ Tatsache ist, dass das Übereinkommen über die biologische Vielfalt CBD als wichtigstes globales Artenschutzvertragswerk immerhin 196 Mitglieder (195 Staaten und die EU) hat.¹⁴

So wie auch die internationalen UN-Klimagipfel, denen allerdings wesentlich mehr mediale Aufmerksamkeit zukommt, sind auch die Verhandlungen der CBD (*Conference of the Parties* – COP) zu einem Marktplatz vielfältiger, auch privatwirtschaftlicher Interessen geworden. Weil marktwirtschaftliche Instrumente dominieren, wird gerade aus dem Feld der politischen Ökologie der CBD vorgeworfen, der Neoliberalisierung der Natur eine Plattform zu bieten. Vielen der beteiligten Akteure gehe es weniger darum, die Natur zu schützen als die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zu organisieren.

12 Barrett, »Self-enforcing international environmental agreements«.

13 Tümer und Güçlü, »The diffusion of international environmental agreements«.

14 Die USA haben den Vertrag nie ratifiziert, Süd-Sudan, Andorra und der Heilige Stuhl sind ebenfalls keine Mitglieder des CBD. Zum Vergleich: Das 2015 beschlossene Pariser Klimaabkommen hat 194 Mitglieder.

Gegenstand von Verhandlung ist etwa *benefit-sharing*, die Frage, wer von genetischen Ressourcen profitiert.¹⁵ Bei allen Frustrationen, die die Verhandlung internationaler, multilateraler Umweltabkommen mit sich bringen, wird die CBD allerdings mittlerweile nuancierter betrachtet. Es sei einzuräumen, dass die Rechte von indigenen und lokalen Gemeinschaften im Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework erstmals stark betont wurden und ihre Rolle dadurch aufgewertet worden sei.¹⁶ So sind die Verhandlungen des Übereinkommens für biologische Vielfalt dann nur eine, wenn auch zentrale, Arena der Kämpfe um Menschenrechte, ökologische Integrität und wirtschaftliche Interessen, welche die Naturschutzpolitik durchziehen. Von der globalen Ebene schauen wir als nächstes auf eine regionale Situation, nämlich im Raum der Ostsee.

Die Ostsee und die Helsinki-Konvention

Die Ostsee ist ein Brackmeer und ein Arm des Atlantiks. Wegen ihrer biophysikalischen Eigenschaften und aufgrund von anthropogenen Einflüssen befindet sie sich in einem prekären Erhaltungszustand. Die biologische Vielfalt im Meer ist verhältnismäßig gering. Die größten ökologischen Probleme für die Ostsee sind Eutrophierung und Nährstoffeinträge, Verschmutzung, Überfischung, Infrastrukturentwicklung und Schiffsverkehr.¹⁷ Chemische Schadstoffe aus Schifffahrt und Industrie sowie militärische Hinterlassenschaften aus dem Zweiten Weltkrieg tragen erheblich zur Verschmutzung des Meeres bei. Wie andere Meere übersäuert die Ostsee zudem durch Aufnahme von Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre.¹⁸

Unter Eutrophierung versteht man das durch Nährstoffeinträge ausgelöste Wachstum von organischem Material in einem Ökosystem. Die Ostsee weist zu 97% ungünstige Eutrophierung auf, davon zu 100% in der offenen See und zu 86% in Küstengewässern. Diese Situation wird durch Stickstoff und Phosphor erzeugt, die zum Großteil über Fließgewässer in das Meer eingetragen werden. Die Eintragsquellen sind überwiegend diffus, und das bedeutet hier,

15 McAfee, »Selling nature to save it?«; Corson und MacDonald, »Enclosing the global commons«.

16 Parks und Tsioumani, »Transforming biodiversity governance?«

17 Elmgren u. a., »Baltic Sea management«.

18 Reckermann u. a., »Human impacts and their interactions in the Baltic Sea region«.

dass die Landwirtschaft der stärkste Verursacher ist, während Kläranlagen als Punkteintragsquellen für etwa ein Viertel oder weniger verantwortlich sind. Obwohl seit der Jahrtausendwende die Einträge zurückgegangen sind, bleibt der Zustand kritisch. Die Eutrophierung führt zu vielfältigen Problemen für aquatisches und menschliches Leben: Der Sauerstoffgehalt des Meeres sinkt, die Habitatqualität von Küstenzonen geht zurück, die Wasserqualität ist beeinträchtigt.¹⁹

Die Ostsee gehört zu den am stärksten überfischten Meeren der Welt. Die Fischbestände sind in einem ausgesprochen schlechten Zustand. Das gilt besonders für Hering (*Clupea harengus*), aber auch für Dorsch (auch genannt Atlantischer Kabeljau, *Gadus morhua*). Die gezielte gewerbliche Fischerei des Herings ist darum in der westlichen Ostsee verboten, die kleine Küstenfischerei ist davon in Teilen ausgenommen. Dorsch darf in der gesamten Ostsee gar nicht mehr gefangen werden, als Beifang kommt die Art aber dennoch in die Netze. Es handelt sich bei den Fangquoten und Verboten um Richtlinien der EU.²⁰ Naturschutzorganisationen geht die Regulierung längst nicht weit genug, sie betonen die kritische Lage der Fischbestände und, damit zusammenhängend, des ganzen Ökosystems des Meeres.

Zahlreiche Infrastrukturprojekte, die sich im Bau oder im Betrieb befinden, stellen eine weitere Belastung für das Ökosystem Ostsee dar.²¹ Dazu gehören allein im deutschen Teil der Ostsee sechs Offshore-Windparks, die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2, ein Flüssiggasterminal im Greifswalder Bodden vor Rügen, und der 18 Kilometer lange Fehmarnbeltunnel zwischen Fehmarn (Schleswig-Holstein) und Lolland (Dänemark), der 2031 für den Verkehr geöffnet werden soll. Baulärm und teilweise auch Betriebsgeräusche sind zum Beispiel eine erhebliche Einschränkung für empfindliche, gefährdete Schweinswale (*Phocoena phocoena*).

Schließlich ist die Schifffahrt ein erheblicher negativer Einflussfaktor für die Meeresökologie, da das Meer sich durch intensiven Schiffsverkehr auszeichnet. Entlang der Küstenlinie liegt eine Reihe großer Containerhafen: Gdańsk (Danzig), Klaipėda in Litauen, das westschwedische Göteborg, Gdynia

19 HELCOM, *HELCOM Thematic Assessment of Eutrophication 2011–2016*.

20 NDR, »Ostseefischer in MV erleichtert«.

21 Schur, »Zehn Gründe, warum der geplante Ostseetunnel ein Skandal ist«; BUND MV, »Eingriffe in die Ostsee«; WWF Deutschland, »Flüssig-Gasinfrastruktur in der Ostsee zerstört Ökosysteme«; Biedermann und Zillmann, »Über Leben und Überleben auf der Großbaustelle Ostsee«.

in Polen, das russische St. Petersburg und das dänische Aarhus, um nur die wichtigsten zu nennen.²² Der Schiffsverkehr stört die Fauna und trägt zur Verschmutzung bei.

Angesichts dieser zahlreichen ökologischen Probleme ist es aufschlussreich, dass es bereits seit Jahrzehnten ein bindendes multilaterales Abkommen gibt, das das Meer schützen soll. Dieser internationale Vertrag zum Schutz der Ostsee ist das Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes, kurz Helsinki-Konvention. Sie wurde 1974 von Dänemark, Finnland, Schweden, Polen, DDR, Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR unterzeichnet und trat am 3. Mai 1980 in Kraft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde sie 1992 aktualisiert, wobei die nun unabhängigen postsowjetischen Staaten Lettland, Litauen, Estland und Russland sowie das wiedervereinigte Deutschland zusammen mit den anderen Vertragsstaaten ihr Engagement für das Abkommen bekräftigten. Im Rahmen des Helsinki-Übereinkommens regelt die Helsinki-Kommission (*Baltic Marine Environment Protection Commission*, HELCOM) die Ziele des Übereinkommens.

Seit der EU-Erweiterung 2004 sind acht der neun Anrainerstaaten der Ostsee, alle außer Russland, EU-Mitglieder.²³ Diese EU-Länder sind alle auch NATO-Mitglieder, wobei zuletzt Finnland (4. April 2023) und Schweden (7. März 2024) unter dem Eindruck einer Bedrohung durch Russland dem Bündnis beigetreten sind.

Seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar 2022 hat sich die geopolitische Situation in der Ostsee als hochproblematisch erwiesen. Die zuvor guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen einigen Staaten im Ostseeraum, vor allem die »Energiepartnerschaft« zwischen Deutschland und der Russischen Föderation, sind infolge der durch diesen Konflikt ausgelösten geopolitischen Veränderungen aufgelöst worden. An der südöstlichen Ostseeküste herrscht eine besondere Spannung, da die russische Exklave Kaliningrad von NATO-Mitgliedern umgeben ist.²⁴ Die Region Sankt Petersburg im Osten hat jedoch eine weitaus größere wirtschaftliche und politische Bedeutung – sie ist die zweitgrößte Stadt der Russischen Föderation und die größte Stadt an der Ostsee.

22 IHK Schleswig-Holstein, »Verkehrsmarkt Ostsee«.

23 Bei diesen acht Staaten handelt es sich um drei nordische Länder Schweden, Finnland und Dänemark, um Deutschland und Polen, und die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland.

24 Swistek und Paul, »Geopolitics in the Baltic Sea region«.

Angesichts der russischen Vollinvasion der Ukraine sagte der deutsche Vorsitz der HELCOM am 4. März 2022 die Teilnahme der acht EU-Mitglieder und der Europäischen Union (H9) an der 43. Sitzung der HELCOM-Mitgliedstaaten ab und setzte damit die Arbeit des Ausschusses effektiv aus.²⁵ Dennoch veröffentlichte die HELCOM weiterhin Berichte und Russland bleibt Vertragspartei des Helsinki-Übereinkommens.

Russland wird von Seiten der NATO als existenzielle Bedrohung wahrgenommen, und das gilt ganz besonders für die ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, die als wahrscheinliches Ziel eines russischen Angriffs auf das NATO-Territorium gesehen werden.²⁶ Der Ostseeraum steht also im Mittelpunkt von heftigen geopolitischen Spannungen, die sich durch zahlreiche Sabotageakte, z.B. Kappung von Datenkabel oder Beschädigung von Gaspipelines, oder in Provokationen wie Drohnen- oder Militärflugzeugüberflügen ausdrücken. Nicht immer ist auszumachen, wer welche Tat begangen hat. Der ZEIT-Journalist Nils Markwardt schreibt: »Die Interessenlage im hybriden Krieg ist unübersichtlich, aber eines bleibt klar: Russland ist in der Ostsee der Hauptaggressor.«²⁷

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die fragilen Ökosysteme der Ostsee stellen auch die Tanker der sogenannten russischen Schattenflotte dar. Hierbei handelt es sich um alte, teils marode und falsch registrierte Tankschiffe, die unter Umgehung der Handelssanktionen gegen die Russische Föderation Rohöl über die Ostsee transportieren. Im Falle einer Havarie und daraus resultierenden Ölpest, so Greenpeace Deutschland, wären Meeres-säuger, Seevögel und Fischbestände stark beeinträchtigt.²⁸ Diese ökologisch prekäre Situation wäre wohl ohne die geopolitischen Verwerfungen seit 2022 so nicht entstanden.

Die Frontstellung zwischen Russland und den EU-Staaten hat ironischerweise dazu geführt, dass die EU-Ostseeanrainer enger kooperieren.²⁹ Dabei werden allerdings wirtschaftliche und ökologische Fragen mit Sicherheitsfragen verbunden, ein Indiz, dass Simon Dalbys These der Versicherheitlichung von Umweltproblemen³⁰ sich bestätigt. Themen wie Energiesicherheit und

25 Busse, »Statement by the German Chairmanship of HELCOM«.

26 Rosenbach u. a., *Russian Threats to NATO's Eastern Flank*.

27 Markwardt, »Bisher hat die Ostsee noch jede Weltmacht verschluckt«.

28 Jettka und Maack, »Marode Öltanker gefährden Ostseeküste«.

29 Sköld, »Trends in Baltic Sea collaboration amid geopolitical tension«.

30 Dalby, *Environmental Security*.

militärische Infrastruktur stehen nun im Mittelpunkt von Kooperationsbemühungen. Das deutet auf die ernüchternde Erkenntnis hin, dass im Krisenfall geopolitische und militärstrategische Belange die Natur- und Umweltschutzpolitik immer übertrumpfen.

Der Kilimandscharo-Amboseli-Komplex

Afrikas höchster Berg, der Kilimandscharo (der Gipfel, Kibo, misst 5.895 Meter), befindet sich in Tansania nahe an der Grenze zu Kenia. Der Berg ist vulkanischen Ursprungs und liegt auf dem *Great African Rift*, dem Großen Afrikanischen Grabenbruch, einer Plattengrenzen, die den Osten Afrikas in Nord-Süd-Richtung durchzieht. An den tansanischen Kilimandscharo-Nationalpark grenzen auf kenianischer Seite der Amboseli-Nationalpark, der Tsavo-West-Nationalpark, und schließlich der Chyulu-Hills-Nationalpark sowie verschiedene extensiv genutzte Weidegründe der Massai. Zwischen Kilimandscharo-Nationalpark und Amboseli-Nationalpark liegt ein wichtiger Wildtier-Korridor, Kitenendi, der allerdings in den letzten Jahrzehnten erheblich geschrumpft ist.³¹

Die Hochlandregion bietet Habitate für charismatische Wildtieren wie Elefanten, Löwen und Nashörner. Die Elefanten im Amboseli gehören als Gegenstand der Forschung von Naturschutzbiologin Cynthia Moss zu den bekanntesten und meiststudierten Elefantengruppen der Welt.³² Der grenzüberschreitende Komplex wird also als ökologisch sehr wertvoll eingestuft. Ökolog:innen sehen allerdings einen verstärkten anthropogenen Druck auf die Ökosysteme, und zwar in Form von Infrastrukturentwicklung, Bevölkerungswachstum und in der Folge Siedlungsbau, sowie Ausdehnung von Agrar- und Weideland.³³ Ein weiteres Problem der Region ist grenzüberschreitende Jagd: In Tansania ist die Trophäenjagd auf Elefanten mit Konzession erlaubt, in Kenia verboten. Die Elefantenherden, die grenzüberschreitende Korridore nutzen, sind also auf der einen Seite gefährdeter als auf der anderen. Das gilt

31 Noe, *The Dynamics of Land Use Changes and their Impacts on the Wildlife Corridor between Mt. Kilimanjaro and Amboseli National Park, Kenya*.

32 Moss u. a., *The Amboseli Elephants*.

33 Hemp u. a., »Gain and loss«.

besonders für die sogenannten *super-tusker*, Elefanten mit Stoßzähnen, die 45 Kilogramm oder mehr wiegen.³⁴

Seit 2018 unterstützt die EU ein Projekt in der *Greater Kilimanjaro Trans Frontier Conservation Area* (GKTFCA). Staatliche Stellen aus Kenia und Tansania sind *Kenya Wildlife Services* (KWS), *Tanzania Wildlife Division* als Abteilung des Ministeriums für Natürliche Ressourcen und Tourismus, und TANA-PA. Beteiligte zivilgesellschaftliche Organisationen sind als Leitpartner die in Den Haag, Niederlande ansässige Stiftung *International Fund for Animal Welfare* (IFAW) und weiterhin zwei ostafrikanische NGOs, *Big Life Foundation* und *African Wildlife Foundation* (AWF). Das EU-finanzierte Projekt basiert auf vorhergehenden Kooperationen der meisten beteiligten Organisationen im Großgebiet rund um den Kilimandscharo.³⁵ Das mit 1,2 Millionen Euro von der EU geförderte Projekt (2018–2019) der GKTFCA hat drei Schwerpunkte: Bekämpfung der Jagdwilderei, Eindämmung von Mensch-Wildtier-Konflikten und die Einbindung der lokalen Gemeinschaften.³⁶ Während der erste Punkt die im vierten Kapitel umschriebenen Aspekte staatlich legitimer Gewalt abdeckte, bedienten die anderen beiden Punkte stärker die Aspekte von *community-based conservation*, die im fünften Kapitel behandelt werden. Durch die starke Beteiligung von international und regional tätigen Naturschutzorganisationen³⁷ kann hier ein Ansatz von Multiakteurs-Governance beobachtet werden, der sich als Erscheinungsform des neoliberalen Naturschutzes bezeichnen ließe.

Die Bekämpfung von Wilderei nahm in dem Projekt einen Schwerpunkt ein: Das Projekt finanzierte etwa zwei gemeinsame grenzüberschreitende Patrouillen im Amboseli-Kilimandscharo-Gebiet, die sich aus *community rangers* der Big Life Foundation und Personal des KWS zusammensetzten. Die Stiftung IFAW beschreibt die Grenze zwischen Kenia und Tansania als bedeutendes Areal, in dem Jagdwilderer und Schmuggler ihr Unwesen treiben, »die sich als Viehnomaden ausgeben, um auf Wildtiere zu lauern«. Eine gemeinsame Anstrengung gegen die Bedrohung durch diese Kräfte sei darum notwendig,

34 Vyawahare, »Trophy hunting of Amboseli's super-tuskers in Tanzania sparks outrage«.

35 Fitzgerald und Muruthi, »Conservation, crime and communities«.

36 Stichting IFAW, »Greater Kilimanjaro Trans Frontier Conservation Area«.

37 Mugo u. a., »Landscape governance through partnerships«.

sowohl im Sinne des Wildtierschutz als auch zum Nutzen der anliegenden Gemeinschaften:³⁸

»The Kenya-Tanzania border is a critical area for wildlife and has often been exploited by poachers and wildlife traffickers who camouflage as pastoralists to prey on wildlife, placing both wildlife and communities who live nearby at risk. Joining efforts is therefore imperative to safeguarding wildlife, their habitat and community livelihoods.«

Welche geopolitischen Interessen hat die EU, ein solches Projekt zu fördern, und noch interessanter, warum lassen sich Kenia und Tansania auf die grenzüberschreitende Kooperation ein?

Von Seiten der EU ist die Motivation klar, sich für Naturschutz und friedliche grenzüberschreitende Kooperation einzusetzen. Die Europäische Union sieht sich selbst als Champion wertgeleiteter Politik, und Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung werden sowohl in den eigenen Grenzen als auch global als zentrale Ziele beschrieben.³⁹ Diese Werte und Ziele⁴⁰ betrachtet die Europäische Union als wesentlichen Teil ihrer *soft power*⁴¹, also ihrer ideologischen und kulturellen Machtausübung, die diplomatischen Einfluss, Status und Ansehen der EU in der Welt ausmachen soll. Darüber hinaus gibt es zahlreiche grenzüberschreitende Projekte zum Naturschutz innerhalb der EU⁴², die hier möglicherweise als Modell betrachtet werden. Als Folge der in Kapitel 4 thematisierten gewaltsamen Vertreibungen von Massai in Ngorongoro hat die Europäische Union aber seit Juni 2024 sämtliche Zahlungen an Tansania im Rahmen des *NaturAfrica*-Programms ausgesetzt, es geht immerhin um Millionen Euro. Das bedeutet, dass in der Abwägung von Naturschutz und

38 Stichting IFAW, »A time of reflection: key achievements in the Greater Kilimanjaro area«.

39 European Union, »Aims and values«.

40 Werte, die allerdings durch zahlreiche Handlungen und Positionen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten immer wieder in Frage gestellt werden, man bedenke zweifelhafte Bündnisse und Verträge mit autokratischen Regimen oder die beklagenswerte Asylpolitik des Blocks.

41 Nye, *Soft Power*.

42 Gehrlein und Milz, »Ansätze und Herausforderungen grenzüberschreitender Zusammenarbeit«.

Menschenrechten die letzteren für die EU ausschlaggebend gewesen sind, und deutet auf den Erfolg von Lobbying zugunsten der Massai-Community hin.⁴³

Tansania und Kenia sind, wenn auch teils rivalisierende, doch eng kooperierende Nachbarn mit gemeinsamer Geschichte und Sprache, in der *East African Community* (EAC) arbeiten beide zusammen. In beiden Ländern ist der Safaritourismus ein großer ökonomische Sektor, so dass die exzessive Jagdwilderei gegen charismatische Tiere von beiden Staaten nicht geduldet werden kann. Ein weiterer Vorteil der Kooperation ist aus zwischenstaatlicher Sicht ihr eher informaler Charakter: Da die Kooperation keinen starken bindenden Charakter hat, kann aus staatlicher Sicht nicht von entscheidenden Einbußen von Souveränität gesprochen werden. Beide Staaten sind außerdem Unterzeichner der Lusaka-Vereinbarung (*Lusaka Agreement on Co-operative Enforcement Operations Directed at Illegal Trade in Wild Fauna and Flora*), eines pan-afrikanischen Vertrages, dessen Vertragsstaaten sich zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Produkten von wilden Tieren und Pflanzen verpflichten.⁴⁴ Auch hier ist also die rahmende Wirkung von internationalen Naturschutzabkommen zu beobachten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Begriff Geopolitik des Naturschutzes weiterhin voller inhaltlicher Ungereimtheiten ist. In der derzeitigen dynamischen Phase internationaler Politik ist Natur- und Umweltschutz zu einem Randthema geworden. Gleichzeitig lässt sich eine Tendenz geopolitischer Aufladung auch in fragilen Ökosystemen (Ostsee, Kilimandscharo-Großregion) nicht leugnen, bei denen militärisch geprägte, enge Sicherheitsperspektiven dominieren. Die EU spielt in beiden beschriebenen Fallstudien eine Rolle, aber das Interesse am Naturschutz scheint innerhalb des Staatenblocks nachzulassen. Weitere Entwicklungen in der Verbindungslinie Naturschutz-Geopolitik bleiben offen und wenig vorhersehbar.

43 Chai, »Fortress conservation: Tanzania now ineligible for European Union conservation grant«.

44 Lusaka Agreement Task Force, »About us«.